

Haushaltsrede 2015

Haushaltsrede vom 26.01.2015 für die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN im Rat der
Stadt Brühl
von Eckhard Riedel, Fraktionsvorsitzender

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

die Fraktion LINKE & PIRATEN im Brühler Rat wünscht sich einen Haushalt für die
Stadt Brühl, der sozial, ökologisch, transparent und finanzierbar ist.

Dafür fehlen derzeit die notwendigen Rahmenbedingungen.

Aus Sicht der LINKEN & PIRATEN besteht das Haushaltsproblem grundsätzlich aus
einem Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Bei der Einbringung des Haushaltes durch den Bürgermeister am 03.11.2014
standen im Ergebnisplan Erträge in Höhe von 102,5 Millionen Euro und
Aufwendungen von 116,6 Millionen Euro gegenüber. Das bedeutet ein Minus von
14,1 Millionen Euro für das Jahr 2015!

Nach der Fortschreibung stehen heute, am 26.01.2015, Erträgen von 101,5 Millionen
Aufwendungen von 118,5 Millionen Euro entgegen, so dass der Brühler Haushalt nun
ein Defizit von 17 Millionen Euro aufweist. Das bedeutet: Ein zusätzliches
Schuldenwachstum von knapp 3 Millionen Euro, das die „Koalition aus CDU und
Grünen“ allen Brühler Bürgern beschert hat durch die Verweigerung des
Bürgermeister-Vorschlages einer Erhöhung der Grundsteuer B von 450 v.H. auf 600
v.H.

Die alleinige Erhöhung der Grundsteuer B hätte unsere Fraktion in diesem Umfang
auch nicht mitgetragen, da sie gerade auch die Bezieher kleinerer Einkommen hart
getroffen hätte.

Die Grundsteuer B muss jeder zahlen (Eigentümer und Mieter). Sie ist unabhängig
vom wirtschaftlichen Ertrag und der privaten Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Im
Gegensatz zur Gewerbesteuer, bei der nur die Leistungsträger zur Kasse gebeten
werden.



Eine Verbesserung der Einnahmesituation ist im Interesse eines ausgeglichenen Haushalts allerdings dringend notwendig.

Die Fraktion von LINKE & PIRATEN macht zum Haushalt 2015 nachfolgende Vorschläge:

1. Wir fordern: Die Einstellung von 2 Betriebsprüfern für die Gewerbesteuer

Dazu muss man wissen, dass Gewerbesteuer nur 4 Jahre nachgefordert werden kann!

Die Stadtverwaltung soll eine Vereinbarung mit dem Finanzamt treffen, die die Stadt berechtigt, Steuerprüfer einzustellen und diese dann zur Betriebsprüfung der Gewerbesteuer an das Finanzamt abzuordnen. In Köln macht das pro Prüfer 1 Millionen zusätzliche Einnahmen aus. In Brühl rechnen wir bei 2 Steuerprüfern mit Mehreinnahmen von über 100.000 Euro.

2. Wir fordern zudem: Eine Erhöhung der Gewerbesteuer als Solidarbeitrag der Brühler Unternehmen.

Bei der Gewerbesteuer bezahlt nur der, der auch leistungsfähig ist. Aus Gerechtigkeitsgründen sollte der Hebesatz der Grundsteuer B nicht höher sein als der der Gewerbesteuer.

Im Rhein-Erft-Kreis haben derzeit nur Brühl und Pulheim einen Gewerbesteuerhebesatz von 430 v.H. Andere Kommunen liegen bereits im Bereich von 480% bis 520 % (wie Elsdorf 520 %, Kerpen 500 %, Bedburg 495 %, Hürth 480 %).

Deshalb schlagen wir vor, die Gewerbesteuer von 430 v.H. auf 500 v.H. anzuheben = Damit würde die Stadt Brühl einen Mehrertrag von 1,84 Millionen Euro erzielen.

3. Wir fordern: **Die Grundsteuer B von 450 v.H. auf 500 v.H. heraufzusetzen. Das macht wiederum einen Mehrertrag von 720.000 Euro aus.**

Auch bei der Grundsteuer B lagen bereits 2014 viele Kommunen im Kreisgebiet bei Prozentsätzen zwischen 480 v.H. und 580 v.H. (wie Elsdorf 580 %, Bedburg 550 %, Erftstadt 495 %, Bergheim und Kerpen mit jeweils 480 %).

4. Wir fordern: Streichung des Ausbaus Carl-Schurz-Straße = Ersparnis von 20.000 Euro Planungskosten 2015 und Ausbaukosten von 500.000 Euro im Jahr 2016

Der Ausbau ist weder verkehrstechnisch, noch aus Gründen der Instandhaltung notwendig. Umsatzrückgänge für den Einzelhandel wie sie mit dem Umbau des Steinwegs verbunden waren, würden somit vermieden.

Addiert man nur diese 4 Positionen, kommen wir auf Mehreinnahmen von über 2,5 Millionen Euro. Also deutlich mehr, als die Stadtverwaltung an Steuererhöhungen für 2015 eingeplant hatte.

Unsere Vorschläge zu den Themen städtische Immobilien-Leerstände, Haushaltskontrolle, Bürgerhaushalt, Ökopunkte und Flüchtlingsunterkünfte.

1. Wir schlagen vor: Die Instandsetzung, Vermietung oder den Verkauf verwaister Brühler Immobilien

Zu den prominentesten Immobilien-Leerständen zählen derzeit das ehemalige „Max-Ernst-Kabinett“, die Villa Kaufmann und das sog. „Puddinghaus“ in der Burgstraße 7.

Es gibt eine engagierte Anzahl diverser Kultur-Macher in unserer Stadt. Einige sind mit der Gründung eines multi-modalen Kultur - e.V. zur Aufwertung des Brühler Kulturlebens mit einem überregionalen Programm befasst. Sie würden zumindest EINE der genannten Immobilien sehr gern durch ihre Arbeit zu altem Glanz führen.

Generell benötigen wir für die städtischen Liegenschaften ein besseres Gebäudemanagement bzw. eine umfangreichere Liegenschaftsverwaltung.



2. Wir empfehlen eine effizientere und wirksamere Haushaltskontrolle:

Das Unwort, welches 2014 am häufigsten in den Protokollen des Rates und der Ausschüsse genannt wurde, lautet: „**Überplanmäßige Ausgabe**“.

Als ein Beispiel für hausgemachte Probleme in Brühl wäre zu nennen: Die ständigen Nachfinanzierungen von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen wie z.B. die aus dem Ruder gelaufenen Zusatz-Kosten für die Sanierung des Bahnhofgebäudes von über 500.000 Euro und die noch nicht absehbaren Mehrkosten für die Sanierung der Clemens-August-Schule.

Das zeigt: Der Haushaltsplan ist bereits bei seiner Verabschiedung zum Teil schon Makulatur. Es wird wenig vorrausschauend gewirtschaftet und Geld ausgegeben, ohne Rücksicht auf ein drohendes Haushaltssicherungskonzept (HSK).

Der angestrebte hohe Verbrauch der „Allgemeinen Rücklagen“ als Risikomasse für den Haushalt 2015 ist verantwortungslos.

3. Wir schlagen für 2016 einen Bürgerhaushalt vor:

Damit Brühler Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltslage zu machen, Einsparpotentiale aufzuzeigen und in einigen Bereichen mitzuentcheiden. Andere Städte wie Troisdorf, Köln, Gelsenkirchen und Detmold machen es uns erfolgreich vor. Dabei werden Vorschläge für Ausgaben und/oder Einsparungen zum Haushalt der Stadt abgegeben. In Troisdorf (ca. 75.000 Einwohner) haben sich 2014 460 Bürgerinnen und Bürger für den Haushalt 2015/2016 mit eigenen Ideen, Bewertungen und Kommentaren beteiligt. **Weshalb geht das nicht in Brühl?**

4. Wir schlagen vor: Verzicht auf Ankauf von Ökopunkten

Ökopunkte sind nur ein Notbehelf. Sie sind eine Ablasszahlung dafür, dass naturbelassene Flächen verbaut und versiegelt werden, die als Erholungsgebiet, zur Versickerung von Oberflächenwasser, als Kaltluftentstehungszone oder als Biotop auch in Brühl benötigt werden. Der Erwerb von Ökopunkten kann eine verantwortungsvolle Stadtplanung nicht

ersetzen und ist mithin selbst verantwortungslos. Deswegen sollte auf den Kauf von Ökopunkten verzichtet und in den zukünftigen Haushaltskonzepten für die Jahre 2016 bis 2020 keine Mittel für den Erwerb von Ökopunkten mehr eingeplant werden. In 2014 wurden Ökopunkte in Höhe von über 80.000 Euro angekauft.

5. Wir schlagen eine neue Flüchtlingsunterkunft vor:

Wir begrüßen es, dass im Haushalt 2015 entsprechende Mittel für eine neue Flüchtlingsunterkunft eingestellt worden sind, damit die menschenunwürdige Unterbringung „Am Volkspark“ endlich beendet werden kann.

In dieser Angelegenheit erwarten wir eine zeitnahe Umsetzung des Vorhabens.

Die Mehrheitskoalition

Es gab bei den Haushaltsberatungsterminen keine nennenswerten Vorschläge der CDU/Grünen-Koalition zur Kostenverringering, geschweige denn zur Generierung von Mehreinnahmen.

Nennt man das Gestaltungswille?

Meine sehr verehrten Damen und Herren:

„Wir haben es hier in Brühl 2015 mit einer Koalition der Ideenlosigkeit zu tun!“

Durch die Wiederbesetzung einer 3. Beigeordneten-Stelle verhinderte die Brühler Mehrheitskoalition aus CDU und Grünen die Verschlinkung der Verwaltungsspitze. Eine solche Verschlinkung hätte bei den Personalkosten eine Ausgaben-Verringerung bis zu 200.000 Euro erbracht. Diese unverantwortbare und unverantwortliche Mehr-Ausgabe ist das Koalitionsgeschenk der CDU an die GRÜNEN. Auch politische Mehrheiten haben ihren Preis! Ein Preis, den am Ende die Brühler Bürgerinnen und Bürger bezahlen!

So kann man aber keinen Haushalt konsolidieren, meine Damen und Herren!

Bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 blieben CDU und GRÜNE jede Antwort für einen ausgeglichenen Haushalt schuldig. Es wurden KEINE (!!!) substanziellen Vorschläge der Mehrheitskoalition eingebracht, die zur Verbesserung des Gesamtergebnisses des Haushaltes 2015 beigetragen hätten.

Die Koalition aus CDU und Grünen hat jüngst vorgeschlagen, zum Thema Haushaltsplanung einen Arbeitskreis zu gründen.

Dies läuft wohl nach dem Motto: „Wenn man nicht mehr weiter weiß – gründet man ´nen Arbeitskreis“. Das ist offenbar der einzige Vorschlag der Koalition für eine Haushaltskonsolidierung für das Haushaltsjahr 2016. Gelingt diese allerdings nicht, wird die Stadt Brühl 2016 ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen müssen, da der Haushalt nicht mehr ausgeglichen werden kann. Zu den Grundsätzen des neuen Haushaltsrechts gehört es auch, das Eigenkapital zu erhalten, um die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten.

Wir halten den **Verzicht** auf weitere Steuereinnahmen und Senkungen bei den Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr für verfehlt und unverantwortlich.

Die Koalition aus CDU und Grünen nimmt hier nach unserer Auffassung ihre Verantwortung nicht wahr. Im nächsten Jahr muss durch die ideenlose und verfehltete Politik der Koalition mit noch höheren Steuern und weiteren Kürzungen gerechnet werden.

Die Zukunftsinvestitionen

In den nächsten Jahren stehen 2 große Investitionen an:

1. Der Bau einer neuen Feuerwache für über 20 Millionen Euro.
2. Die Sanierung und / oder Neubau des Rathauses im Steinweg von geschätzten 11,0 Millionen bei einer Sanierung (Variante 1) und 13,8 Millionen Euro bei einem Neubau mit gleichem Flächenumfang (Variante 2). Unsere Präferenz liegt bei den Varianten 1 oder 2, da wir uns von der Variante 3 des Rathaus Projekts mit einem Kostenrahmen von um die 20 Millionen Euro aus haushalterischen Gründen verabschieden möchten.



Zusammenfassend fordern wir für Brühl:

- Orientierung am Bedarf - bei Bautätigkeiten und Personaleinstellungen
- Stärkung der Bürgerverantwortung und Bürgerbeteiligung durch Bürgerentscheide und einen Bürgerhaushalt
- Wiedereingliederung der Stadtwerke in die Stadt Brühl als profitabler Eigenbetrieb
- Anhebung der Gewerbesteuer
- Maßvolle Anhebung der Grundsteuer B
- Streichung Ausbau Carl-Schurz-Straße
- Verzicht auf Ankauf von weiteren Ökopunkten zum Schutz der Umwelt
- Einen Bürgerentscheid über die Varianten I und II beim Anbau des Rathauses im Steinweg
- Errichtung einer 2. Gesamtschule für die Stadt Brühl
- Freigabe leerstehender Immobilien zur Instandsetzung und Nutzung durch kulturelle Träger, alternativ ihre Vermietung oder Verkauf
sowie
- Fortführung der Sozialpolitischen Herausforderungen: Inklusion, Bekämpfung von Armut, Ausbau der Kindertagesplätze und die menschenwürdige Integration von Flüchtlingen

Wir lehnen den Haushaltsentwurf 2015 aus den genannten Gründen ab!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.